Ergebnisse und wirtschaftspolitische Konsequenzen einer Energie-Enquête in der Bundesrepublik Deutschland

Autor(en): **Lessing, Ernst**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wasser- und Energiewirtschaft = Cours d'eau et énergie**

Band (Jahr): **54 (1962)**

Heft 7

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-921462

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

fahrt als ein Zeitproblem, wobei für die weitere Zukunft — beispielsweise im Jahre 2000 — zu disponieren sei. Der Referent, der besonders die Probleme der Verschmutzung durch Öl bestens und aus eigenen Versuchen kennt, bezeichnete den Fremdenverkehr als den größten Verschmutzer des Bodensees, weshalb eine besondere Abgabe der Fremden zur Mitfinanzierung der so dringend notwendigen Kläranlagen (beispielsweise in Form eines «Schmutzbatzens») ohne weiteres am Platze wäre. Er machte ferner darauf aufmerksam, daß der Kampf gegen die Verschmutzung der Meere — besonders durch die großen Öltanker — im vollen Gange sei. Überall sei ein allmähliches Aufdämmern der «Periode der Sauberkeit» festzustellen! Bis zur Fertigstellung des Hochrheinausbaus und gerade im Zusammenhang damit werde die Rheinschiffahrt ihre ohnehin schon relativ geringe Wasserverschmutzung praktisch völlig beseitigt haben.

Über «Gewässerschutzaufgaben am Bodensee» sprach anschließend Prof. Dr. *O. Jaag*, ETH Zürich, wobei er auf die bedenklich zunehmende Verschmutzung dieses Gewässers hinwies. Für Bodensee und Untersee ist die vollbiologische Behandlung der Abwässer unerläßlich. Was an Reinigungswerken rund um den See schon im Betrieb steht, ist sehr wenig, während im Hinterland die Städte St. Gallen und Singen über mechanisch-biologische Anlagen verfügen und namentlich im Einzugsgebiet der Schussen und der Argen auch Industrie-Unternehmungen Reinigungswerke besitzen. Die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee ist nun bestrebt, in allen in ihr zusammengeschlossenen Anliegerstaaten die Abwasserreinigung zu fördern. Zu den Aufgaben des Gewässerschutzes gehört es auch, die Ablagerung von festen Abfallstoffen, Hauskehricht und industriellen Abfällen am See und seinen Zuflüssen zu stoppen und, wo dies möglich ist, solche für das Oberflächen- und Grundwasser gefährlichen Deponien zum Verschwinden zu bringen. Bei dieser Gelegenheit wies Professor Jaag auf die vorbildliche und umfassende Anlage der Gemeinde Buchs SG hin (Kläranlage, Kadaver- und Kehrichtbeseitigung). Er wies auch auf die zur Klärung mögliche III. Reinigungsstufe (Minimumstoffe, Phosphate, Stickstoff) hin, die heute allerdings noch sehr teuer sei, so kostspielig wie mechanische und biologische Klärung zusammen! Doch sollte bei neuen Kläranlagen der für die III. Reinigungsstufe erforderliche Platz reserviert werden.

Den Abschluß der Vorträge bildeten die interessanten Ausführungen von *H. Aregger*, Chef des Regionalplanungsbüros des Kantons Zürich, über «Dezentralisation der Industrie».

Es war bereits nach 11 Uhr, als die diese denkwürdige Tagung abschließende Diskussion beginnen konnte, an der sich mit noch knapperer Rededauer als am Vorabend etliche Votanten beteiligten; es sei vor allem auf das Votum von Nationalrat Dr. *P. Bürgi* hingewiesen, der die wirtschaftlichen Belange der Ostschweiz in den Vordergrund stellte und die widerspruchsvolle Stellungnahme der Gegner der Hochrheinschiffahrt kritisierte: einerseits Bagatellisierung der wirtschaftlichen Vorteile und gleichzeitig Befürchtung der wirtschaftlichen Expansion. Das Schlußwort hielt Ständerat Dr. *W. Rohner*.

Die Veranstalter dieser wohlgelungenen internationalen Aussprache über Hochrheinschiffahrt, Landschafts- und Gewässerschutz sind für ihre Initiative zu beglückwünschen, wurde doch damit eine aufschlußreiche und fruchtbare Aussprache zwischen Befürwortern und Gegnern der Hochrheinschiffahrt bis an den Bodensee ermöglicht und Gelegenheit geboten, irrige Auffassungen da und dort zu revidieren und zu korrigieren.

G. A. Töndury

Ergebnisse und wirtschaftspolitische Konsequenzen einer Energie-Enquête in der Bundesrepublik Deutschland

Bericht über die 12. Arbeitstagung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln. DK 620.9

Am 7. und 8. Juni 1962 veranstaltete das *Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln* seine 12. Arbeitstagung. Gegenstand der Tagung waren die Ergebnisse des vom Bundestag in Auftrag gegebenen Gutachtens «über die Entwicklung der gegenwärtigen und zukünftigen Struktur von Angebot und Nachfrage in der Energiewirtschaft der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung des Steinkohlenbergbaus». In der nahezu vollbesetzten Aula der Universität folgten 750 Gäste aus dem In- und Ausland mit lebhaftem Interesse den Vorträgen und Diskussionsbeiträgen, die von namhaften Vertretern der einzelnen Energiewirtschaftszweige vorgetragen wurden. Bundesminister Prof. *Balke* erläuterte die Enquête-Ergebnisse aus der Sicht der Atomwirtschaft, Prof. *Kromer*, Karlsruhe, aus der Sicht der Elektrizitäts- und Dir. *Haider*, Bremen, aus der Sicht der Gaswirtschaft. Da nach dem Gutachterauftrag das Schwergewicht der Enquête auf der Untersuchung der Marktstellung der Kohle lag, wurde der Diskussion des Kohle—Ölproblems der breiteste Raum gewidmet. Der Inhalt der hierzu vorgetragenen Referate wird im folgenden knapp wiedergegeben.

Prof. *Wessels*, Leiter des Instituts, erläuterte in seinem Eröffnungsreferat Ziele, Vorgehen und Gesamtergebnisse der Untersuchung. Die Enquête solle nicht ein wirtschaftspolitisches Programm aufstellen, sondern es sei ihre Aufgabe, durch eine Analyse der Entwicklung der Energiewirtschaft bis 1975 Unterlagen für wirtschaftspolitische Entscheidungen zu liefern. Wessels wies auf die Problematik und die Schwierigkeiten von Energieprognosen hin. Es bestände immer die Gefahr, daß die Prognosen durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt würden. Aber irgend jemand müsse den Mut haben, eine Blamage zu riskieren. Zur Ermittlung des Energiebedarfs habe man sich der Sektorenanalyse bedient. Ihre Ergebnisse zeigten, daß der Energiebedarf bis 1975 wesentlich schwächer steigen würde als die Gesamtproduktion der Volkswirtschaft. Der Primärenergiebedarf würde sich 1975 auf etwa 320 Mio t SKE belaufen, davon würden wahrscheinlich etwa 130 Mio t durch die Kohle (einschließlich Importe) und etwa 125 Mio t durch das Öl gedeckt werden. Rund drei Viertel des erwarteten Bedarfs seien in der Zusammensetzung praktisch fest vorge-

geben. Für den Wettbewerb im Substitutionsbereich verbliebe nur ein Bedarf von 70 Mio t SKE. Die Kohle könne nur mit einem sicheren Absatz von etwa 85 Mio t rechnen. (Koks, Zechenkraftwirtschaft), also zwei Drittel der gegenwärtigen Förderung. Ein Absatz deutscher Kohle im Substitutionsbereich würde im wesentlichen vom Preis für US-Kohle abhängen. Nach Meinung der Gutachter würden 1975 die preisgünstigen Energieträger (Öl und Erdgas) nicht in den Mengen zur Verfügung stehen, um eine vollständige Deckung des Energiebedarfs durch diese Energieträger zu ermöglichen. Daher würde auch in der Zukunft der Steinkohle eine große Bedeutung für die Deckung des Energiebedarfs zukommen. Das müsse aber nicht die deutsche Kohle sein. US-Kohle würde wahrscheinlich auch 1975 noch billiger sein als deutsche Kohle. Zwar beständen für die deutschen Reviere noch erhebliche Rationalisierungsreserven, doch sei es nicht zu erwarten, daß die deutsche Kohle den Kostenvorsprung der US-Kohle aufholen würde. Wessels wies darauf hin, daß über wirtschaftspolitische Maßnahmen der Absatz der Kohle vergrößert werden könne. Der Kostenvorsprung des Heizöls sei aber so entscheidend, daß nur mit marktwirtschaftlich nicht vertretbaren Mitteln die Überlegenheit des Öls zu beseitigen wäre. Dagegen sei der Preisvorsprung der US-Kohle nicht so groß, um nicht durch eine maßvolle Zollpolitik die Wettbewerbslage der deutschen Steinkohle verbessern zu können. Unter Beibehaltung der gegenwärtigen Sätze für Heizölsteuer und Kohlenzoll könne die deutsche Steinkohle 1975 einen Absatz von etwa 125 Mio t erzielen. Allerdings sei ein «Naturschutzpark» für die Steinkohle abzulehnen.

Der Vorsitzende des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, Dr. *Burckhardt*, vertrat in seinem Referat den Standpunkt, daß der Bergbau hinsichtlich seiner Entwicklungsmöglichkeiten viel zuversichtlicher sei als die Gutachter in der Enquête. Bis 1975 würde sich die Schichtleistung des Ruhrbergbaus auf mindestens 3,5 t (gegenüber 3,1 t in der Enquête) erhöhen. Der Produktivitätsfortschritt im Bergbau werde zumindest nicht kleiner sein als in der übrigen Wirtschaft. Der Kostenvorsprung der US-Kohle gegenüber der deutschen Steinkohle werde sich sicherlich nicht vergrößern. Es sei nicht einzusehen, warum der US-Bergbau in Zukunft größere Rationalisierungserfolge erzielen solle als der deutsche. Scharf kritisierte Burckhardt die Wettbewerbsverzerrungen, denen die deutsche Kohle unterliege. Der Preisstop für die heimische Kohle in der Vergangenheit, die Unterschiede in den Verträgen über die Europäischen Gemeinschaften und der Wechsel von der Bewirtschaftung der Kohle zum freien Wettbewerb auf dem Energiemarkt hätten zu Wettbewerbsverzerrungen geführt, die von den Gutachtern nicht genügend berücksichtigt worden seien. Insbesondere der Preisstop habe Erlösausfälle von mehreren Mrd. DM bewirkt, die dem Bergbau für Rationalisierungsprojekte fehlen würden. Der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sei es nicht gelungen, einen gemeinsamen und freien Markt für Kohle aufzubauen. Nach Burckhardt eilt der Ausbau der Raffinerien dem Energiebedarf voraus, wodurch der Bergbau zur Schrumpfung gezwungen würde. 1975 würde man aber sehr wahrscheinlich diese stillgelegten Kapazitäten benötigen, weil das Öl dann nicht in der Lage sei, den Energiebedarf voll zu decken. Der Verdrängung einheimischer Energien würden Preissteigerungen für Importenergien folgen. Die Auslandsabhängigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Energiesektor werde in starkem Maße zunehmen. Es sei fraglich, ob der Export die nötigen Devisen für die Energieeinfuhren verdienen könne. Außerdem sei es sehr ungewiß, ob langfristig die Versorgung mit Öl und US-Kohle gesichert sei. Burckhardt wies abschließend darauf hin, daß das Gutachten mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit einer klaren Energiepolitik aufzeige, und daß eine solche Energiepolitik nicht darin bestehen könne, die Dinge sich selber zu überlassen.

Dr. *Theel* von der Esso AG, der sich ausdrücklich auch als Sprecher der anderen internationalen Mineralölgesellschaften in der Bundesrepublik legitimierte, brachte zum Ausdruck, das vom Bergbau vorgebrachte Argument der Devisenknappheit beruhe auf Zweckpessimismus. Die deutsche Zahlungsbilanz sei viel stärker gefährdet, wenn die deutsche Wirtschaft teure heimische Energie verwenden müsse. Die Wirtschaftspolitik habe die Aufgabe, über billige Energieeinfuhren die Wettbewerbsstellung der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu festigen. Dieses Ziel könne aber nicht erreicht werden, wenn der Preis für importierte Energien durch Steuern und Zölle um 40 % erhöht werde, wie es gegenwärtig geschehe. Auch das Argument der Sicherheit treffe nicht zu. Die großen Reserven und die regionale Streuung der Bezugsquellen würden auch auf lange Sicht eine sichere Versorgung der Bundesrepublik gewährleisten. Nach Meinung von Theel wird sich der Kostenvorsprung des Heizöls auch in Zukunft kaum verringern. Langfristig würden sich die Heizölpreise den Preisen für US-Kohle anpassen. Es seien auch keine Anzeichen für ein Anziehen der Rohölpreise zu erkennen. Ein rasch steigender Ölverbrauch müsse nicht durch Knappheit bedingte Verteuerungen mit sich bringen. Die Ölwirtschaft könne sich sehr schnell neuen Verbrauchsanforderungen anpassen. Die Mineralölwirtschaft sei in der Vergangenheit in der Lage gewesen, eine Verzehnfachung des Verbrauchs bei sinkenden Preisen zu befriedigen. Ein Lizenzierungsverfahren für neue Raffinerieprojekte lehnte Theel ab. Dies würde nur zu einer Verlagerung der Verarbeitung in die Nachbarländer führen.

Marjolin, Vizepräsident der EWG, erläuterte die Vorstellungen der EWG-Kommissionen über eine langfristige Energiepolitik in Europa. Die Kommission vertrete eine Energiepolitik, die auf eine billige Versorgung unter Wahrung einer ausreichenden Sicherheit gerichtet sei. Europa besitze hohe Energiekosten. Der sich anbahnende scharfe Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsräumen zwinge jedoch zu einer Senkung der Energiepreise. Neben den Faktoren billige und sichere Energie müßten allerdings auch bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen soziale Probleme beachtet werden. Langfristig ließen sie sich jedoch nicht lösen, wenn auf die Dauer gegen die Grundregeln des wirtschaftlichen Handelns verstoßen würde. Unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit bejahte Marjolin die Frage, ob man eine höhere Kohlenförderung aufrecht erhalten solle, als dies bei freiem Wettbewerb möglich sein würde. Die Entwicklung der Kosten für Importenergien sei ungewiß. Äußere Ereignisse könnten zu Preissteigerungen führen, so daß man eines Tages bereuen würde, Kapazitäten aufgegeben zu haben, die unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht wettbewerbsfähig seien. Die Kosten

einer solchen Energiepolitik könnten als Versicherungsprämie für eine langfristig sichere Versorgung angesehen werden. Allerdings sei hierfür Voraussetzung, daß die Steinkohlenförderung auf die produktivsten Anlagen konzentriert würde. Um eine Niedrigpreispolitik durchzusetzen, sollte der der Steinkohle zu gewährende Schutz aber nicht in Zöllen, Kontingenten oder Verbrauchssteuern bestehen, sondern über Subventionen erfolgen (z. B. Subventionen an Wärmekraftwerke, die Gemeinschaftskohle verfeuern). Die Kommission schlage für die ab 1970 endgültige Realisierung des Gemeinsamen Marktes folgendes vor:

— Freier Verkehr von Rohöl und Raffinerieprodukten innerhalb der EWG (keine Kontingente und Zölle)
— Freie Ausfuhr von Rohöl und Raffinerieprodukten außerhalb der Gemeinschaft (Ausnahme Ostblock)
— Niedrige Verbrauchssteuern auf Mineralölprodukte
— Eine gemeinsame Vorratspolitik unter Bestimmung von Mindestvorräten
— Export-Veröffentlichung der effektiven Preise auf dem Mineralölmarkt.

Marjolin sagte zusammenfassend, die Gemeinschaft müsse das Ziel niedriger Energiepreise verfolgen, jedoch aus sozialen Gründen auch Schutzmaßnahmen für den Steinkohlenbergbau vorsehen, die jedoch nicht den Energiepreis erhöhen dürften. Die Preise für Mineralölprodukte dürften nicht auf das Kostenniveau der Steinkohle gebracht werden.

Prof. *Burgbacher* faßte die Tagungsergebnisse zusammen. Seiner Meinung nach seien eine Erhaltung der heimischen Energie sowie eine Steigerung zugunsten von Öl und Erdgas, letzteres allerdings mehr als Konkurrent des Öls als der Kohle, unbestritten. Fraglich bleibe die Art der wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf dem Energiemarkt. Man sei sich jedoch in Bonn und Brüssel darüber einig, daß der Kohle für eine Übergangszeit Chancen zur Rationalisierung und weiteren Verstromung gegeben werden müssen, erst anschließend könne man eine Liberalisierung der Energiewirtschaft durchführen.

Dr. *Ernst Lessing*, Köln

MITTEILUNGEN VERSCHIEDENER ART

MITTEILUNGEN AUS DEN VERBÄNDEN

Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband

Ausschuß-Sitzung vom 27. März 1962

Diese Sitzung galt in erster Linie der Vorbereitung der Vorstandssitzung, und zwar Behandlung von Jahresbericht 1961, Jahresrechnungen 1961 und Voranschlag 1963, die noch dem Vorstand vorzulegen und durch die Hauptversammlung endgültig zu verabschieden sind. Gemäß früherem Beschluß des Ausschusses wird ab 1962 keine besondere Zeitschriftenrechnung mehr geführt, da diese nach Tilgung der Schulden gegenüber den Verbandsgruppen nun ganz in den Besitz des SWV übergegangen ist. Das seit 1950 geäufnete Vermögen der «Wasser- und Energiewirtschaft» im Betrag von Fr. 43 575.79 wird als «Separatfonds WEW» in die Bilanz SWV auf 31. Dezember 1961 übertragen. Auch in dieser Sitzung wurden weiterhin Binnenschiffahrtsfragen eingehend besprochen, und es wurde beschlossen, eine temporäre «*SWV-Kommission für Binnenschiffahrt und Gewässerschutz*» zu bestellen, die als beratendes Organ für die Behandlung bestimmter Fragen im Ausschuß und Vorstand tätig sein soll; Vorschläge für die personelle Zusammensetzung dieser Kommission wurden besprochen und genehmigt. Erneut kam im Ausschuß auch die 1964 in Lausanne zur Durchführung gelangende Landesausstellung «Expo 64» zur Sprache, und es wurde beschlossen, im Sommer oder Herbst 1962 mit einem Rundschreiben an die Mitglieder SWV zu gelangen, um diesen eine tatkräftige Unterstützung der Expo 64 zu empfehlen. In den Verband wurden folgende 5 neuen Mitglieder aufgenommen: *K. Aerni*, Gymnasiallehrer, Münchenbuchsee, und *Chr. Walther*, Redaktor der «Terra Grischuna», Zürich, als Einzelmitglieder sowie die *Gemeinde Le Locle*, die *Kraftwerke Vorderrhein AG* und die *Kraftwerke Linth-Limmern AG* als Kollektivmitglieder.

Vorstands-Sitzung vom 9. Mai 1962 in Basel

Dieses schon seit Jahrzehnten nur jeweils einmal im Jahr zusammentretende große Organ des SWV behandelte unter dem Vorsitz des Präsidenten, Ständerat Dr. *K. Obrecht*, in der üblichen, sehr speditiven Art die jährlichen statutarischen Geschäfte wie: endgültige Abnahme des Jahresberichts 1961, Abnahme der Jahresrechnung 1961 und des Voranschlags 1963 zuhanden der Hauptversammlung, Durchführung der Hauptversammlung SWV vom 20./21. September 1962 in Zürich und Vorschlag für Zeit und Ort der Hauptversammlung 1963. Nach Bekanntgabe verschiedener Mitteilungen des Ausschusses und der Geschäftsstelle wurde dem Vorstand im Sinne der beschlossenen intensiveren Förderung einer schweizerischen Binnenschiffahrt ein ausgezeichneter Vortrag von Dr. *H. Wanner*, Direktor der Lloyd AG, Basel, geboten über das Thema:

«Hochrhein- und Aareschiffahrt reif zur Verwirklichung»

Dr. Wanner führt in seinen einleitenden Worten aus, daß der zunehmende Güterverkehr einen großzügigen Ausbau unserer Verkehrsmittel erfordere und dabei neben Schiene und Straße der Wasserweg mitberücksichtigt werden müsse. Unser Land weist zwar durch das starke Gefälle seiner Flüsse an und für sich keine günstigen Voraussetzungen für die Binnenschiffahrt auf, doch haben sich diese Verhältnisse durch den Bau der Kraftwerke am Rhein und an der Aare entscheidend gebessert. Die Schiffahrt ist bei der Benützung natür-